Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

26.09.2011

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 19. Sitzung
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 26. September 2011

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 21:53 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Dr. Gerhard Bartels
- Ursula Behrendt
- Ulrike Berger
- Dr. Ullrich Bittner
- Norbert Braun
- Ulf Burmeister
- Erich Cymek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Professor Dr. Frank Hardtke
- Klaus Heiden
- Marion Heinrich
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Jörn Kasbohm
- Dr. Andreas Kerath
- Edda Krille
- Christian Kruse
- Angela Leddin
- Jürgen Liedtke
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Pegel
- Christian Radicke
- Sebastian Ratjen
- Anja Reuhl
- Angelika Richter
- Karl-Dieter Schmidt
- Dr. Mignon Schwenke
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Mechthild Thonack
- Alexa Worm
- Ingo Ziola

Entschuldigt :

- Dr. Lüer Kühne
- Egbert Liskow
- Prof. Dr. Manfred J. Matschke

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. **Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 5.1. Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Abwasserwerk der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B369-19/11
Abwasserwerk Greifswald
- 5.2. Änderungssatzung zur 10. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung B 1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2012 bis 2014 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2012 bis 2014) und 7. Änderung der Straßenreinigungssatzung B 1079-43/93 vom 25.11.1993 B370-19/11
Dez. II, Amt 60
- 5.3. Sanierung der Kollwitz-Schule über Städtebaufördermittel B371-19/11
Dez. II, Amt 60
- 5.4. Außerplanmäßige Ausgabe zur Finanzierung der Maßnahme: Umgestaltung Freianlagen Krull-Schule 3. BA B372-19/11
Dez. II, Amt 60
- 5.5. Klassenfahrten B373-19/11
SPD- und FDP-Fraktion
- 5.6. Prüfauftrag Fußgängerzone B374-19/11
SPD-Fraktion
- 5.7. Prüfauftrag - kurzfristige Realisierung eines behindertengerechten Zuganges zur Stadtinformation B375-19/11
CDU-Fraktion
- 5.8. Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2011 B376-19/11
Dez. II, Amt 60
- 5.9. Beschluss zum Bau der Erschließungsanlage – Verlängerung der Straße „An den Gewächshäusern“ - und die Abrechnung der Erschließungsmaßnahme nach der Erschließungsbeitragssatzung B377-19/11
Dez. II, Amt 60
- 5.10. Beschluss zum Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung und die Klassifizierung B378-19/11
Dez. II, Amt 60
- 5.11. Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4 - Friedrichshagen Aufstellungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss B378-19/11
Dez. II, Amt 60
- 5.12. Bebauungsplan Nr. 62 - An den Wurthen -; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang) B379-19/11
Dez. II, Amt 60
- 5.13. Ergänzung und 1. Änderung des B.-Plan Nr. 70 - Gärtnerei Soldmannstraße B380-19/11
Ergänzungs-, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 5.14. Umbesetzung Hauptausschuss B366-19/11
SPD-Fraktion
- 5.15. Besetzung der Ortsteilvertretung Schönwalde I/ Südstadt B367-19/11
Bündnis 90 / Die Grünen
- 5.16. Zuschüsse für freie Träger der Jugendarbeit B381-19/11
SPD-Fraktion
- 5.17. Besetzung im Aufsichtsrat der Theater Vorpommern GmbH B368-19/11
Die Linke

- 6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**
- 6.1. Jugendhilfeplanung - Aktualisierung des Bedarfs an Kindertagesbetreuung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B294-15/11
Dez. III, Amt 51
- 6.2. Kündigung des Vertrages mit der BauBeCon GmbH B337-17/11
interfraktioneller Antrag
- 6.3. Information zur Umsetzung der Beschlüsse der Bürgerschaft B185-09/10 vom 05.07.2010 und B300-15/11 vom 28.03.2011 zur Unterbringung des Stadtarchivs
7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
8. Mitteilungen des Präsidenten
9. Bestätigung der Niederschrift vom 22.08.2011
10. Schluss der Sitzung

Gegen Ton-, Bild- und Videoaufnahmen wird kein Widerspruch erhoben.

Herr Dr. König nimmt eine Nachehrung des Städte- und Gemeindetages zur Auszeichnung mit der Ehrennadel des Städte- und Gemeindetages für langjährige Gemeindevertreter an Herrn Dr. Kasbohm vor.

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die 1. Vizepräsidentin, Frau Socher, eröffnet die 19. Sitzung der Bürgerschaft und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Zu Beginn der öffentlichen Sitzung sind 33 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend. Damit ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König und seine Stellvertreter, Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Socher informiert über ausgereichte Tischvorlagen:

als TOP 5.14

Umbesetzung Hauptausschuss
SPD-Fraktion

als TOP 5.15

Besetzung der Ortsteilvertretung Schönwalde I/ Südstadt
Bündnis 90 / Die Grünen

als TOP 5.16

Zuschüsse für freie Träger der Jugendarbeit
SPD-Fraktion

als TOP 5.17

Besetzung im Aufsichtsrat der Theater Vorpommern GmbH
Die Linke

Frau Socher lässt darüber abstimmen, diese Tischvorlagen in die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Frau Socher schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5.14, 5.15 und 5.17 vor TOP 5.1 zu behandeln. Der TOP 5.16 (Zuschüsse für freie Träger der Jugendarbeit) soll nach TOP 5.13 eingeordnet werden.

- kein Widerspruch

Außerdem schlägt Frau Socher vor, den Tagesordnungspunkt 6.3 „Information zur Umsetzung der Beschlüsse der Bürgerschaft B185-09/10 vom 05.07.2010 und B300-15/11 vom 28.03.2011 zur Unterbringung des Stadtarchivs“ zwischen TOP 4. und TOP 5. vorzuziehen.

- kein Widerspruch

Damit lässt Frau Socher über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme beschlossen

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Frau Franziska Weiß:

- zum Straßenausbau an den Gewächshäusern

Frau Socher weist darauf hin, dass das Thema auf der Tagesordnung steht. Dann ist es für Bürger nach Kommunalverfassung nicht mehr möglich selbst Fragen zu stellen. Frau Weiß müsste ihre Fragen über ein Bürgerschaftsmitglied an das Gremium weiterreichen.

Mit dieser Verfahrensweise ist Frau Weiß ganz und gar nicht einverstanden, weil die Bürger, die dort voll erschlossene Grundstücke erworben haben nicht informiert wurden, dass noch weitere Kosten auf sie zukommen.

Herr Dr. Kasbohm schlägt vor, dieses Thema im nächsten Bauausschuss noch einmal aufzugreifen.

Herr Liedtke weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage nicht nur in der Ortsteilvertretung, sondern auch im Bauausschuss behandelt wurde und sich dort kein Anwohner zu dieser Thematik gemeldet hat.

Herr Dr. Bittner gibt bekannt, dass es um vier Grundstücke des neuen Wohngebietes gehe, die von dem Ausbau betroffen sind. Herr Kaiser habe Herrn Dr. Bittner im Bauausschuss mitgeteilt, dass die vier Grundstückserwerber wüssten, dass noch Kosten auf sie zukämen.

Das weist Frau Weiß energisch zurück.

Herr Dr. Kasbohm schlägt vor, dass man vorher mit den Bürgern spricht, bevor in der Bürgerschaft die entsprechenden Beschlüsse fasst

Herr Manfred Peters:

- zur Freigabe der Beschlussvorlagen im Internet für den Bürger

Herr Brunstein:

Als Leiter der Bürgerschaftskanzlei teilt Herr Brunstein mit, dass die Verwaltung bereits reagiert hat und zukünftig Beschlussvorlagen, die sich im Beratungszyklus befinden, im Ratsinformationssystem als Entwurf gekennzeichnet werden.

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

- keine schriftlich gestellten Fragen der Fraktionen

Zu TOP: 6.3 Information zur Umsetzung der Beschlüsse der Bürgerschaft B185-09/10 vom 05.07.2010 und B300-15/11 vom 28.03.2011 zur Unterbringung des Stadtarchivs

Herr Hochheim leitet aufgrund der Bürgerschaftsbeschlüsse in die Präsentation der zwei Architekturbüros zur Unterbringung des Stadtarchivs in der Baderstraße bzw. An den Wurthen ein.

Die Stadtverwaltung hat sich zusammen mit dem Sanierungsträger entschieden, für den Standort einen Gutachterwettbewerb durchzuführen.

Dazu gab es dann eine Jurysitzung, die Frau Suermann (Vorsitzende beim Gutachterwettbewerb) geleitet hat. Es lagen fünf Entwürfe zur Bewertung vor.

Zwei Entwürfe für beide Standorte wurden einstimmig ausgewählt.

Die Architekturbüros (IPRO Greifswald und Drebing/Ehmke) stellen nacheinander anhand einer Präsentation ihre Konzepte vor.

(Die Präsentationen liegen in der Kanzlei der Bürgerschaft vor.)

Herr Hochheim fasst im Anschluss an die Präsentation zusammen, dass die weitere Verfahrensweise und die zeitliche Abfolge noch festzulegen ist.

Der Bürgerschaft wird für diese Entscheidung eine entsprechende Beschlussvorlage zu gegebener Zeit in Abhängigkeit von der Entscheidung der Bürgerschaft zur Kollwitz-Schule vorgelegt werden.

Einige Mitglieder der Bürgerschaft nehmen die Gelegenheit wahr, Nachfragen zu stellen, die von den beiden Architekturbüros und Herrn Hochheim beantwortet werden.

Zu TOP: 5 Diskussion von Beschlussvorlagen**Zu TOP: 5.14 Umbesetzung Hauptausschuss
B366-19/11**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neues ordentliches Mitglied im Hauptausschuss wird Herr Karl-Dieter Schmidt anstelle von Herrn Christian Pegel benannt.

Herr Christian Pegel wird an Stelle von Herrn Karl-Dieter Schmidt Stellvertreter im Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.15 Besetzung der Ortsteilvertretung Schönwalde I/ Südstadt
B367-19/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird Herr **Hannes Richert** Mitglied in der Ortsteilvertretung Schönwalde I/ Südstadt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.17 Besetzung im Aufsichtsrat der Theater Vorpommern GmbH
B368-19/11

Herr Dr. Steffens nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Die Einbringung und Begründung erfolgt durch den Fraktionsvorsitzenden der Linken, Herrn Dr. Bartels.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wählt Frau Uta Pauly als Mitglied in den Aufsichtsrat der Theater Vorpommern GmbH.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.1 Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Abwasserwerk der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B369-19/11

Im Rahmen der Diskussion meldet sich Herr Dr. Bartels zu Wort. Er bestätigt das Abstimmungsergebnis des Werkausschusses, teilt aber mit, dass er dem Bericht selbst in der Sitzung des Werkausschusses nicht zugestimmt hat, weil er deutlich machen wollte, dass er dagegen ist, dass die Bürger über die Gebühr an der Eigenkapitalverzinsung beteiligt werden.

Nachfragen von Herrn Dr. Kasbohm zum Klärschlamm werden vom Geschäftsführer des Abwasserwerkes, Herrn Lorke beantwortet.

Da es keine Anträge zur Änderung der Beschlussvorlage gibt, lässt Frau Socher über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2010 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Hansestadt Greifswald (gegr. zum 01.04.1993, HRA 1226) – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht wird mit
einer Bilanzsumme von 40.586.418,76 €,
davon einem Eigenkapital von 8.954.363,11 €,
und einem Jahresüberschuss von 615.664,26 €
festgestellt.

Aus dem Jahresüberschuss des Berichtsjahres in Höhe von 615.664,26 € und dem Gewinnvortrag in Höhe von 6.463,71 € werden 408.379,21 € an den Haushalt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald abgeführt werden.

Der zweckgebundenen Rücklage werden 350.000,00 € entnommen sowie 554.100,00 € dieser zugeführt.

Der Restbetrag in Höhe von € 9.648,76 wird auf neue Rechnung vorge tragen.

Der Lagebericht 2010 wird genehmigt.

2. Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.
3. Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der PwC Aktiengesellschaft – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, NL Schwerin, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011 des Abwasserwerkes durch den Landesrechnungshof von Mecklenburg-Vorpommern zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.2 **Änderungssatzung zur 10. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung B 1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2012 bis 2014 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2012 bis 2014) und 7. Änderung der Straßenreinigungssatzung B 1079-43/93 vom 25.11.1993**
B370-19/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende Änderungssatzung zur 10. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung B 1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2012 bis 2014 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2012 bis 2014) und zur 7. Änderung der Straßenreinigungssatzung Nr. B 1079-43/93 vom 25.11.1993

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.3 **Sanierung der Kollwitz-Schule über Städtebaufördermittel**
B371-19/11

Frau Socher weist darauf hin, dass es zu dieser Beschlussvorlage von Bündnis 90/Die Grünen einen Änderungsantrag gibt, der vor der Sitzung in Papierform ausgereicht wurde.

Anhand einer Präsentation bringt Herr Hochheim die Beschlussvorlage ein und begründet sie. Das Sanierungskonzept der Kollwitz-Schule wurde den beratenden Ausschüssen übergeben und ist im Ratsinformationssystem hinterlegt. Die Bürgerschaft würde mit diesem Beschluss deutlich machen, dass sie die Sanierung der Kollwitz-Schule über Städtebaufördermittel besonders vordringlich ist. Diese Maßnahme würde am 15.10.2011 mit der normalen Programmanmeldung für 2012 angemeldet. Danach wäre ein Antrag auf Zustimmung dieser Maßnahme zu stellen, da sie außerhalb des Sanierungsgebietes liegt. Mit einer Zustimmung durch das Bauministerium ist frühestens im Dezember 2011 zu rechnen. Danach könnte man über eine europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen nachdenken. Im Herbst 2012 müsste man den Einzelantrag auf Zustimmung im Ministerium zur Förderung stellen. Daran würde sich die baufachliche Prüfung anschließen. Der Baubeginn könnte frühestens im Sommer 2013 sein.

Herr Wille (Amt 20) gibt anhand der bereits ausgereichten Prioritätenliste einige Erläuterungen aus Sicht des kommunalen Haushaltes.

Herr Dr. Fassbinder bringt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden vor der Sitzung ausgereichten Änderungsantrag ein und begründet ihn:

1. Die Bürgerschaft der UHGW bekundet ihren Willen, eine umfassende Neugestaltung (Komplettsanierung im Bestand und/ oder (Teil)Neubau) der Kollwitz-Grundschule in Angriff zu nehmen. Die unter 2. beschlossenen Maßnahmen sind ein erster Schritt hierzu.
2. Die Bürgerschaft beschließt den Komplex Kollwitz-Schule, der sich außerhalb des Sanierungsgebietes Innenstadt/ Fleischervorstadt befindet, entsprechend der Variante 1 zu sanieren.
Variante 1 umfasst die komplette Sanierung des Altbaus (ehemalige Jugendkunstschule) und der alten Turnhalle. Das Sanierungsvolumen darf 3,3 Mio. Euro nicht überschreiten.
3. Die Prioritätenliste Sanierung für die Beantragung der Programme 2012 (Bürgerschaftsbeschluss B332-17/11 vom 4.7.2011) ist wie folgt zu verändern: In Anlage 1 soll unter Kategorie C die Höhe der zu beantragenden Kosten für den 1. BA der Kollwitz-Schule von 200.000 Euro auf 1.700.000, 00 Euro erhöht werden.
Diese Veränderung der Prioritätenliste darf nicht dazu führen, dass die beantragten Kosten für das Stadtarchiv in Höhe von 1,5 Mio. Euro gestrichen werden. Statt dessen sind in erforderlicher Höhe nötigenfalls andere Projekte zu streichen.
4. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister mit der Planung des Gesamtprojekts nach Punkt 1. Die Planung umfasst mindestens folgende Punkte:
 - Bedarfsanalyse der Schule hinsichtlich Schülerzahlentwicklung und Raumbedarf (sowohl innerhalb wie außerhalb der Gebäude inkl. Hof und Sportflächen)
 - Darstellung von durchgerechneten Alternativen (z.B. Komplettsanierung im Bestand oder (teilweiser) Neubau an anderem Standort)
 - Überprüfung des Vorhabens auf Risiken (z.B. Altlasten)
 - Energiekonzept gemäß den Klimaschutzziele der UHGW
 - Architektenwettbewerb
 - Darstellung der Gesamtkosten (inkl. ggfs. Kosten für die zeitweise Auslagerung des Unterrichtsbetriebs sowie Neuplanung des Schulhofs und benötigter Innenausstattung)
 - der namentlich gekennzeichnete Nachweis der Überprüfung der Planung durch das Tief- und das Hochbauamt.Nach Vorlage der Planung entscheidet die Bürgerschaft über die Fortführung des Vorhabens.
Die Planung ist 2012 zeitlich so durchzuführen, dass gegebenenfalls rechtzeitig für 2013 weitere Städtebaufördermittel beantragt werden können.
Die Verwaltung wird beauftragt-Mittel für die erforderlichen Eigenanteile in die HH-Planung entsprechend den zeitlichen Erfordernissen einzustellen.
5. In der Rahmenplanung Innenstadt/Fleischervorstadt ist die Sanierung der Kollwitz-Schule zu übernehmen und die planerische Anpassung vorzunehmen.

In der sich anschließenden umfangreichen Diskussion melden sich zu Wort: Herr Hochheim, Frau Heinrich, Herr Kremer, Herr Dembski, Herr Pegel, Herr Hoebel, Herr Multhauf, Herr Ratjen, Herr Dr. Bittner, Frau Dr. Fassbinder und Herr Hochschild.

Im Rahmen des Meinungsaustausches werden keine Anträge zur Änderung der Beschlussvorlage gestellt. Die Mehrheit der Redner spricht sich für die in der Konzeption vorgestellten Variante 4 aus.

Auf Antrag der Linksfraktion gibt es von 19:53 Uhr bis 20:00 Uhr eine Auszeit.

Zunächst stellt Frau Socher den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt

Danach lässt Frau Socher über die von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorlage in folgendem Wortlaut abstimmen:

1. Die Bürgerschaft beschließt den Komplex Kollwitz-Schule, der sich außerhalb des Sanierungsgebietes Innenstadt/Fleischervorstadt befindet unter Nutzung von Städtebaufördermitteln entsprechend der Variante 4 jeweils inclusive der alten Turnhalle zu sanieren.

2. Die Prioritätenliste Sanierung für die Beantragung der Programme 2012 (Bürgerschaftsbeschluss B332-17/11 vom 04.07.2011) ist wie folgt zu verändern:

In Anlage 1 soll unter Kategorie C die Höhe der zu beantragenden Kosten für den 1. BA der Kollwitz-Schule von 200.000,00 € auf 1.700.000,00 € erhöht werden. Die zu beantragende Gesamtsumme für die Sanierungsmaßnahme „Innenstadt und Fleischervorstadt“ beläuft sich je nach Variante somit auf maximal 8.500.000,00 €. Die erforderlichen Eigenanteile sind über den städtischen Haushalt in den Folgejahren bereitzustellen.

In den Folgejahren ist die Prioritätenliste entsprechend den weiteren Bedarfen anzupassen. Soweit die Mittel der jeweiligen Programmjahre nicht für alle angemeldeten Vorhaben ausreichen ist die Planung und Sanierung der Kollwitzschule vor anderen Projekten umzusetzen. Dies betrifft bereits das Jahr 2012. Die Verwaltung hat über die zu verschiebenden Projekte zu informieren. Ziel soll sein im Jahr 2013 mit der Sanierung zu beginnen.

3. In der Rahmenplanung Innenstadt/Fleischervorstadt ist die Sanierung der Kollwitz-Schule zu übernehmen und die planerische Anpassung vorzunehmen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt für einen ggf. erforderlich werdenden Freizug der Schule/des Hortes Ausweichmöglichkeiten zu schaffen und Mittel für die erforderlichen Eigenanteile in die HH-Planung entsprechend den zeitlichen Erfordernissen einzustellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.4 Außerplanmäßige Ausgabe zur Finanzierung der Maßnahme: Umgestaltung Freianlagen Krull-Schule 3. BA
B372-19/11

Herr Hochheim erläutert, dass die 54 T€ der zusätzliche Eigenanteil (25 %) ist, den das Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung festgesetzt hat. Diese Frage konnte im Hauptausschuss nicht beantwortet werden.

Frau Socher lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die außerplanmäßige Ausgabe für die Umgestaltung der Freianlagen der Krull-Schule 3.BA – in Höhe von 54.000,00 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.5 Klassenfahrten
B373-19/11

Herr Pegel bringt eine geänderte Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor. Während der Sitzung ist allen Mitgliedern das geänderte Papier ausgereicht worden. Herr Pegel bittet um Beschlusskontrolle im nächsten Sitzungszyklus.

Während der Diskussion unterstützt Frau Leddin das Anliegen und sie erläutert die Notwendigkeit der Änderung des derzeitigen Zustandes.

Frau Socher lässt über folgende geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, ob und wie durch die Schaffung von geeigneten Verwaltungsstrukturen die Möglichkeit besteht, dass Klassenfahrten von Schulklassen an Schulen, für die die Universitäts- und Hansestadt Greifswald die Schulträgerschaft innehat, bei Bedarf von der Verwaltung abgerechnet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.6 Prüfauftrag Fußgängerzone
B374-19/11

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage der SPD-Fraktion erfolgt durch Herrn Dr. Kerath.

Nach einer kurzen kontroversen Diskussion lässt Frau Socher über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Zusammenwirken mit dem Verein Greifswalder Innenstadt zu prüfen, ob die an der Fußgängerzone (Schuhagen und Lange Straße) ansässigen Geschäftsinhaber im Zuge einer Selbstverpflichtung dazu angehalten werden können, ihren Lieferanten nur An- und Ablieferungen vor 10Uhr früh oder nach 18Uhr abends zu erlauben.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP: 5.7 Prüfauftrag - kurzfristige Realisierung eines behindertengerechten Zuganges zur Stadtinformation

B375-19/11

Herr Hochschild bringt die Vorlage der CDU-Fraktion ein und nimmt die Begründung vor.

Nach einer kurzen Bemerkung von Frau Worm lässt Frau Socher über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, ob über außerplanmäßige Ausgaben noch im Jahr 2011 ein behindertengerechter Zugang zur Stadtinformation hergestellt werden kann.

Soweit dies möglich ist, ohne dass die Umsetzung anderer geplanter Projekte gefährdet wird, erhält der Oberbürgermeister den Auftrag die Realisierung in eigener Zuständigkeit zu veranlassen. Andernfalls wird der Oberbürgermeister gebeten, einen entsprechenden Planansatz im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung vorzusehen.

Abstimmungsergebnis: bei 7 Stimmenthaltungen mehrheitlich beschlossen

Zu TOP: 5.8 Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2011

B376-19/11

Herr Hauck, Abteilungsleiter im Stadtbauamt, bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Im Rahmen der Diskussion kritisiert Herr Multhauf, dass in der Beratungsfolge die Ortsteilvertretungen nicht beteiligt wurden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt Herr Dr. Fassbinder folgenden Änderungsantrag ein, den er begründet:

In der Anlage wird folgender Punkt geändert:

Anlage 1 Innenstadt und Fleischervorstadt:

Umsetzungsliste nach Bewilligung 2011

Kategorie C:

Multifunktionsgebäude Museumshafen wird um 75.000 Euro auf

400.000 Euro gekürzt

Kategorie D:

1. BA Schützenwall Grünanl. + Rückbau Parkpl. wird in Kat. C gesetzt mit einem Volumen von 75.000 Euro.

Da in der Diskussion keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, lässt Frau Socher über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 26 Ja-Stimmen, einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Nach einigen Anmerkungen lässt Frau Socher über folgenden Beschlussvorschlag mit der beschlossenen Änderung in Anlage 1 abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Umsetzungslisten gemäß Anlage für die 2011 bewilligten Sanierungsförderprogramme.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen
mehrheitlich beschlossen

Zu TOP: 5.9 Beschluss zum Bau der Erschließungsanlage – Verlängerung der Straße „An den Gewächshäusern“ - und die Abrechnung der Erschließungsmaßnahme nach der Erschließungsbeitragssatzung
B377-19/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Bau der Erschließungsanlage - Verlängerung der Straße „An den Gewächshäusern“ - und gemäß der Erschließungsbeitragssatzung in der gültigen Fassung vom 28.09.2009 (EBS) die Abrechnung der Kosten (vgl. Anlage beigefügten Übersichtsplan):

1. Die Erschließungsanlage Straße „An den Gewächshäusern“ soll entsprechend dem anliegenden Übersichtsplan ab der Zufahrt EKZ „Elisenpark“ bis zum Ende der B-Plangrenze Nr. 13 – An den Gewächshäusern - verlängert werden.
2. Auf die Erhebung von Vorausleistungen auf den künftigen Erschließungsbeitrag wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Stimmenthaltungen
beschlossen

Zu TOP: 5.10 Beschluss zum Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung und die Klassifizierung

Im Vorfeld hat Herr Dr. Kasbohm Fragen zur Nutzung der Straße an den Bausektor gestellt, deren Beantwortung Herr Hochheim vornimmt.

Herr Dr. Bittner beantragt im Rahmen der Diskussion, die Vorlage in den Bauausschuss zurück zu verweisen, da, wie in der Bürgerfragestunde gesehen, offenbar die Anlieger nicht beteiligt wurden.

Herr Hochheim erklärt, dass die Verwaltung nicht die Absicht hat, die Vorlage zurückzuziehen. Dabei zitiert er den letzten Absatz der Sachdarstellung. Eine schriftliche Mitteilung an die Anlieger erfolgt, wenn feststeht, was konkret an Kosten auf die Anlieger zukommt. Herr Hochheim erklärt weiter, dass in vier Wochen nichts anderes vorgelegt werde als heute.

Im Rahmen der Diskussion regt Herr Dr. Kasbohm an, die Bürger rechtzeitig anzuschreiben, um sie bereits im Vorfeld bei der Beratung in den Gremien zu beteiligen.

Nach einigen weiteren Fragen und Bemerkungen lässt Frau Socher über den Antrag von Herrn Dr. Bittner auf Rückverweis in den Bauausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 6 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen
mehrheitlich beschlossen

Zu TOP: 5.11 Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4 - Friedrichshagen Aufstellungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
B378-19/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Aufstellungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4 – Friedrichshagen – wie folgt:

1. Für den Ortsteil Friedrichshagen, soll eine Klarstellungs- und Ergänzungssatzung (Abgrenzung gemäß Plan der Anlage 1) nach § 34 Absatz 4 Nr. 1 und 3 Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt werden. Mit der Planung wird die Grenze des im Zusammenhang bebauten Ortsteils über die Klarstellungssatzung deklaratorisch festgelegt und mit der Ergänzungssatzung durch einzelne Außenbereichsflächen ergänzt. Mit der Planung wird das Ziel angestrebt Baurecht nach § 34 BauGB für eine geordnete Straßenrandbebauung in den nördlichen und südlichen bebauten Bereichen Friedrichshagens, durch die städtebauliche Abrundung der Eingangssituationen sowie den Lückenschlusses innerhalb der bebauten Bereiche, zu schaffen.
Dieser Beschluss ist ortsüblich bekanntzumachen.
2. Der Entwurf der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4 – Friedrichshagen – (Anlage 1) sowie deren Begründung (Anlage 2) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
3. Der Entwurf der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4 – Friedrichshagen – (Anlage 1) sowie deren Begründung (Anlage 2) sind gemäß § 34 Absatz 6 i.V.m. § 13 Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 34 Absatz 6 i.V.m. § 13 Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 und § 4 Absatz 2 BauGB zu beteiligen.
Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4 – Friedrichshagen – und dessen Begründung ist ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis: bei 33 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 6 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.12 Bebauungsplan Nr. 62 - An den Wurthen -; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang)
B379-19/11

Die Einbringung und Begründung erfolgt auf Bitte von Herrn Multhauf durch Frau Schmidt, Sachbearbeiterin Bebauungsplanung. Im Rahmen dieser Einbringung erläutert sie, dass sich die verkehrliche Bedeutung der Promenade in der Hafenstraße dahingehend geändert hat, dass diese Straße als verkehrsberuhigter Bereich auszubauen ist, so dass alle Verkehrsteilnehmer diese Straße gleichberechtigt nutzen können. Der Ausbau solle allerdings so erfolgen, dass der Promadencharakter erhalten bleibt.

In der anschließenden Diskussion gehen die Meinungen auseinander. Es melden sich Herr Dr. Kasbohm, Herr Multhauf, Herr Radicke, Herr Ratjen und Herr Dr. Bittner zu Wort.

Herr Hochheim stellt klar, dass der Bebauungsplan geändert wurde, weil es große Schwierigkeiten gibt, dass der Investor die Zuwegung über den Wurthen zur Hafenstraße nicht herstellen kann, weil dort unklare Eigentumsverhältnisse bestehen. Frau Schmidt fügt noch an, dass die Hafenstraße auch wegen des Drachenbootvereins nie ganz frei von Verkehr gewesen wäre.

Frau Socher stellt zusammenfassend fest, dass es sich bei der Beschlussvorlage noch nicht um einen Satzungsbeschluss handelt und es noch möglich ist Anregungen und Bedenken zu besprechen.

Da keine Änderungsanträge zur Vorlage gestellt werden, lässt Frau Socher über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang) zum Bebauungsplan Nr. 62 - An den Wurthen - wie folgt:

1. Der Entwurf (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 62 - An den Wurthen - (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 62 - An den Wurthen - (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) sind gemäß § 4a Abs. 3 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4a Abs. 3 BauGB zu dem o.g. Entwurf einschließlich Begründung mit Umweltbericht zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 62 - An den Wurthen - und dessen Begründung mit Umweltbericht sind ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 17 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt

**Zu TOP: 5.13 Ergänzung und 1. Änderung des B.-Plan Nr. 70 - Gärtnerei Soldmannstraße
Ergänzungs-, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
B380-19/11**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Ergänzungs-, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße – wie folgt:

1. Der Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Nr. B367-24/07 vom 26.03.2007 zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße – (Abgrenzung gemäß Plan Anlage 1) wird hiermit aufgehoben.
2. Der Bebauungsplan Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße – soll gemäß § 2 Absatz 1 und § 1 Absatz 8 i.V.m. § 13a Absatz 1 Nr. 1 BauGB in den gekennzeichneten Bereichen (Abgrenzung gemäß Plan Anlage 1) im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung ergänzt und geändert werden.
Ziel der Ergänzung und Änderung ist die Ausweisung eines Mischgebiets (MI) mit geschlossener Bebauung an der Grimmer Straße sowie die Ausweisung einer Gemeinbedarfsfläche und einer allgemeinen Wohnbaufläche (WA) im inneren Bereich zur Schaffung von Baurecht für ein Pflegezentrum.
3. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB wird gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Absatz 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
4. Der Ergänzungs-, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 i.V.m. § 13a Absatz 3 BauGB ortsüblich bekanntzuma-

chen.

5. Der Entwurf der Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße – (Anlage 2) sowie dessen Begründung (Anlage 3) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
6. Der Entwurf der Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße – (Anlage 2) sowie dessen Begründung (Anlage 3) sind gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Absatz 2 Nr. 2, Absatz 3 Satz 1 und § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen.
Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Absatz 2 Nr. 3, Absatz 3 und § 4 Absatz 2 BauGB zu dem v.g. Entwurf einschließlich Begründung zu beteiligen.
Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße – und dessen Begründung ist ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis: bei 34 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.16 Zuschüsse für freie Träger der Jugendarbeit
B381-19/11

Die Einbringung und Begründung der Vorlage der SPD-Fraktion erfolgt durch Herrn Dr. Kerath.

Herr Spring als Vorsitzender des zeitweiligen Jugendausschusses teilt mit, dass sich der Ausschuss genau mit der Problematik beschäftigt hat und bringt seine Verwunderung über die Tischvorlage zum Ausdruck. Er teilt mit, dass Herr Senator Dembski zugesagt hat, mit dem neuen Landkreis in Verhandlungen zu treten.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Frau Socher über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald möge beschließen:

Im Rahmen des Haushaltes für 2012 ist die finanzielle Absicherung der freien Träger in der Jugendarbeit von der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bis zur Übergabe der Aufgaben an den Landkreis Vorpommern-Greifswald sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Zu TOP: 6.1 Beschlusskontrolle
Jugendhilfeplanung - Aktualisierung des Bedarfs an Kindertagesbetreuung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B294-15/11

Herr Dembski erklärt, dass die Jugendhilfeplanung ein reiner Planungsbeschluss gewesen ist. Das geht jetzt an den Kreis über. Das bedeutet, dass die Jugendhilfeplanung aktualisiert werden muss. Die Stadtverwaltung hat bereits Zahlen in Form einer Zuarbeit ermittelt. Jetzt wird Kontakt mit dem Kreis aufgenommen.

**Zu TOP: 6.2 Beschlusskontrolle
Kündigung des Vertrages mit der BauBeCon GmbH
B337-17/11**

Herr Dr. König informiert darüber, dass die Stadtverwaltung mit Schreiben vom 16.09.2011 den Vertrag mit der BauBeCon gekündigt hat. Der Oberbürgermeister hat über die Gründe der Kündigung ausführlich im Hauptausschuss informiert. Entsprechende Ausführungen liegen in der Kanzlei der Bürgerschaft vor. Mit Schreiben vom 22.09.2011 hat die BauBeCon der Kündigung widersprochen.

Zu TOP 6. Weitere Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Die Liste der Hauptausschussbeschlüsse und die Aufstellung über Termine und wichtige Ereignisse werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Oberbürgermeister informiert weiter, dass die konstituierende Sitzung des neuen Kreistages Vorpommern-Greifswald am 10.10.2011 in Pasewalk stattfindet. Der Termin für die zweite Sitzung ist der 24.10.2011. Am 24.10.2011 war die Hauptausschusssitzung der UHGW geplant. Diese Hauptausschusssitzung wird auf den 25.10.2011 verschoben.

Der Oberbürgermeister informiert außerdem, dass Herr Seinwill durch den Verwaltungsrat der Sparkasse Vorpommern als Vorstandsvorsitzender berufen wurde.

Für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald wurden Plakate als Werbematerial und als Gastgeschenk entwickelt. Diese können in den verschiedensten Einrichtungen der Stadt erworben werden.

Zu TOP: 7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Ratjen:

Stimmt es, dass das Theater für die Nutzung der Stadthalle für die konstituierende Sitzung des Kreistages eine so hohe Miete verlangt hat, dass der Landkreis abgelehnt und Pasewalk als Sitzungsort gewählt hat? Könnte man nicht für solche Sitzungen Sonderkonditionen über den Gesellschafter des Theaters anbieten?

Herr Dr. König, Oberbürgermeister:

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass es eher sein Wunsch und Versuch war, dass die Konstituierung des Kreistages in der Stadthalle in Greifswald stattfinden könnte, ohne die Finanzierung abzustimmen. Es bestand aber der Wunsch, die erste Kreistagssitzung in Pasewalk stattfinden zu lassen.

Herr Multhauf:

Ist es richtig, dass der Beschluss der Bürgerschaft zur Vorbereitung der Übertragung der Kinderbetreuungseinrichtung „Friedrich Wolf“ gestoppt wurde, weil nicht genug Leute dafür vorhanden sind?

Eine zweite Frage bezieht sich auf den gebauten Parkplatz an der Greif-Schule. Herr Multhauf hätte gern den Sachstand erläutert.

Zur ersten Frage gibt Herr Dembski Erläuterungen. Der Senator kennt die Beschlüsse. Das Dezernat wird eine Beschlussvorlage einbringen, die Beschlüsse aufzuheben. Herr Dembski teilt zur KiTa „Samuel Marschak“ mit, dass das Institut Lernen und Leben e. V. Abstand davon nimmt, die KiTa zu übernehmen. Auch bei der KiTa „Friedrich Wolf“ gibt es erhebliche personelle Schwierigkeiten. Die

Verwaltung hat die Absicht, die Übertragung nicht mehr weiterzuverfolgen. Derzeit ist man dabei, die Arbeitsfähigkeit herzustellen. Die Stadt ist nicht mehr Träger der örtlichen Jugendhilfe. Im Moment gibt es für die kommunalen Kindertagesstätten nur eine Mitarbeiterin und damit gestaltet sich die Situation äußerst schwierig.

Zur zweiten Frage teilt Senator Hochheim mit, dass es hierbei um eine liegenschaftlichen Angelegenheit geht und es bis zum Hauptausschuss am 25.10.2011 zu schaffen ist, die Angelegenheit zu regeln. Mit der WGG muss die geänderte Planung der betreffenden Fläche auf dem Gelände der Greif-Schule besprochen werden. Detailliertere Aussagen stellt Herr Hochheim vor, wenn die Planungen fertig sind.

Zu TOP: 8 Mitteilungen des Präsidenten

- keine Mitteilungen

Zu TOP: 9 Bestätigung der Niederschrift vom 22.08.2011

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und
2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 10 Schluss der Sitzung

21:53 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen: - Liste der Hauptausschussbeschlüsse
 - Termine/wichtige Ereignisse